

Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung

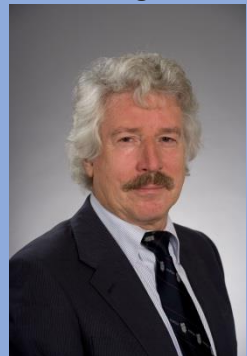


vom 12. Dezember 2019



In der Fragestunde konnte der AfD-Stadtverordnete **Horst Reschke** in Erfahrung bringen, dass in den vergangenen fünf Jahren zwischen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und der Stadt Frankfurt 69 Verträge bestanden haben. Auch forderte Reschke Auskunft zu Zahlungen der Stadt Frankfurt in diesem Zeitraum an die AWO und erfuhr, dass 33 Mio. Euro für Flüchtlingsprojekte, 44 Mio. Euro für Kitas, acht Mio. Euro für sonstige Einrichtungen oder Aktivitäten gezahlt worden seien. Darüber hinaus habe es noch Zuschüsse per Bescheid in Höhe von 16 Mio. Euro gegeben.

Es entsteht der Eindruck, dass es sich „bei der AWO um einen Selbstbedienungsladen handelt, vor allem bei Mitgliedern einer Partei“, sagte **Rainer Rahn**, Fraktionsvorsitzender der AfD im Römer. Da lese man, Studentenhilfskräfte bekämen 100.000 Euro, ein Geschäftsführer einer Kreisstelle erhalte 350.000 Euro, „das ist mehr als der Oberbürgermeister, es ist auch mehr als der Bundespräsident oder die Bundeskanzlerin“. Hinsichtlich der im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise geschlossenen Verträge zwischen der Stadt und der AWO sei es 2018 zu Unstimmigkeiten gekommen, letztlich habe man die Vertragsverhältnisse Mitte 2018 zum Jahresende beendet. „Der Magistrat glaubte damals das relativ lautlos auflösen zu können. Allerdings kam das an die Öffentlichkeit und mittlerweile ermittelt auch die Staatsanwaltschaft“, so der AfD-Fraktionschef. Die Vorwürfe lauteten, die AWO habe zu hohe Rechnungen gestellt und die Notsituation der Stadt ausgenutzt, teilweise möglicherweise sittenwidrig gehandelt, Leistungen in Rechnung gestellt, die sie möglicherweise nicht erbracht habe und die Stadt



habe dieses Verhalten durch fehlende oder unzureichende Kontrolle begünstigt. „Grund für die AfD, einen Akteneinsichtsausschuss einzurichten, für den wir auch von der CDU sehr angegriffen wurden. Ich habe alle Akten fünfmal eingesehen, es gab selten einen Ausschuss, der berechtigter war als dieser“, stellte Rahn fest. „Auffällig ist dabei, - das hat auch das Revisionsamt bemängelt -, es gibt persönliche Beziehungen zwischen Mitarbeitern der Stadt und Mitarbeitern der AWO.“ Die AfD habe dann noch einen Antrag auf Nachlieferung der Akten gestellt, die eigentlich schon im ersten Akteneinsichtsausschuss hätten vorgelegt werden müssen. „Die zuständige CDU-Dezernentin muss sich selbstkritisch fragen, ob sie sich hier des Delikts der Urkundenunterdrückung strafbar gemacht hat, denn hier werden die Beweisführungsrechte des Organs Stadtverordnetenversammlung beeinträchtigt“, sagte der AfD-Fraktionsvorsitzende.

Reinhard Stammwitz, Stadtverordneter der AfD im Römer, fragte, weshalb ein Skandal dieses Ausmaßes innerhalb der AWO nicht schon früher erkannt bzw. von vornherein unterbunden wurde. „Mangelt es der AWO etwa an einem `professionellen Kontrollsystem´?“, so Stammwitz. Bereits im Jahr 1988 habe der Spiegel einen Artikel über den Filz und fehlende Kontrolle bei sämtlichen Wohlfahrtsverbänden geschrieben und aufgezeigt, dass dies deren Strukturen, deren Geschichte und deren Vetternwirtschaft geschuldet ist. „Offensichtlich hat sich in Sachen Kontrolle seitdem nichts geändert! Zumindest in Frankfurt-Wiesbaden trifft wohl eher das Gegenteil zu!“, erklärte der AfD-Stadtverordnete. Dennoch: Eine aktive und erfolgreiche Geschäftspolitik werde betrieben! „Allerdings nicht unbedingt, um das Wohl der Arbeiter oder der Allgemeinheit zu fördern, sondern eher um den Wohlstand der Familie Richter und ihrer Clique zu mehren“, stellte Stammwitz fest. Wie könne es eigentlich sein, dass die Medien den skandalösen AWO-Filz nicht bereits früher aufgrund eigener investigativer Recherchen aufgedeckt hätten? „Stattdessen bedurfte es erst der Hinweise empörter Insider, um den Stein ins Rollen zu bringen!“ Und dies obgleich bezüglich der AWO Frankfurt und Wiesbaden laut FAZ `seit Jahren Gerüchte kursieren über die Veruntreuung von öffentlichen Zuschüssen und Selbstbedienungsmentalität an der Spitze´. „Gerne gestehe ich ein, dass meine Frage weitgehend rhetorisch gemeint ist: Schließlich verorten sich 80 Prozent der Journalisten selbst im linken Spektrum, und es ist offensichtlich, dass die etablierten Medien sich im politischen Bereich bevorzugt im sogenannten `Kampf gegen rechts´ engagieren und vor allem dezidiert linke Organisationen stattdessen gerne verschonen“, fuhr der AfD-Stadtverordnete fort. Diese schienen eher so eine Art `Welpenschutz´ zu genießen, der sie weitgehend vor investigativen Recherchen bewahre.



Zu guter Letzt fragte er, wie es sein könne, dass bei der AWO auffallend viele lukrative Posten mit SPD-Genossen und/oder mit Ehefrauen und Verwandten von Parteifunktionären besetzt seien. „Könnte es also sein, dass all dies zum Geschäftsmodell des Sozial-Konzerns AWO gehört?“, hakte Stammwitz ein. „Zumindest aus AWO-Sicht wäre eine Personalpolitik plausibel, die darauf abstellt, aussichtsreiche SPD-Politiker im Rahmen von Anstellungsverträgen zu sponsern mit dem Ziel, in den Verwaltungen der Städte und Gemeinden möglichst viele Bürgermeister, Dezernenten und Sozialamtsleiter mit SPD-Parteibuch zu platzieren“, so der AfD-Stadtverordnete. Schließlich finanziere sich die AWO ganz überwiegend aus staatlichen Zuwendungen, und deshalb sei es doch dieser Personenkreis, der über die öffentlichen Gelder entscheide und Rechnungen der AWO freizeichne. „Jetzt da wir wissen, dass man als SPD-Funktionär bei der AWO wie die Made im Speck leben kann, spricht vieles dafür, dass hinter all dem tatsächlich ein derartiges Konzept steckt“, stellte Stammwitz fest.

Waren die wichtigen Eckdaten im Haushaltsentwurf der vorangegangenen Jahre noch deutlich im Plus, wird sich das nun ändern, merkte **Rainer Rahn** an. „Das ist inakzeptabel, der Haushalt ist chronisch defizitär“, so Rahn dazu, dass für die kommenden Jahre mit einem Minus von 350 Mio. Euro geplant wird. Zu den Äußerungen von Kämmerer Uwe Becker, die Ausgaben wüchsen gezwungenermaßen stärker als die Einnahmen, konterte der AfD-Fraktionschef: „Das ist falsch, die Ausgabe wachsen nicht gezwungenermaßen, sondern das ist Ihre Aufgabe, Herr Becker, dass sie einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.“ Die Rücklagen in Höhe von 570 Mio. Euro würden sich 2022 auf Null reduziert haben und dann negativ werden. Nachdem vor einigen Jahren noch ein Betrag von 770 Mio. Euro vorhanden gewesen sei, schrumpfe dieser nun in wenigen Jahren auf null. Bei den Einnahmen werde eine Zunahme von elf Prozent in drei Jahren prognostiziert, im Wesentlichen Gewerbesteuer mit 250 Mio. Euro und Einkommensteuer mit 80 Mio. Euro. „Das setzt relativ optimistische Prognosen voraus. Wir wissen alle nicht, wie es weiter geht, aber es ist denkbar und zeichnet sich auch ab, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht so weitergeht wie bisher“, fährt Rahn fort. Auch bei den Ausgaben werde mit einer Steigerung von elf Prozent innerhalb von drei Jahren gerechnet. Beim Personal in der Stadtverwaltung mit einem Plus von 19 Prozent. „Da müssten Sie sich auch mal überlegen, ob das im Hinblick auf die Einnahmen gerechtfertigt ist, sie weisen 475 neue Stellen aus“, betonte der AfD-Fraktionsvorsitzende. Auffällig seien die Zuweisungen/Zuschüsse, die um 27 Prozent wüchsen und das bei einem geplanten Einnahmenplus von lediglich elf Prozent. Hier sei beispielsweise Einsparpotenzial vorhanden. Ebenso bei der von Becker in `Hessenumlage` umbenannte Heimatumlage in Höhe von 120 Mio. Euro. „Denn die ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht verfassungskonform. Eine Klage hätte Erfolg. Den Betrag könnten Sie (Herr Becker) einsparen, das wollen Sie aber offensichtlich nicht.“ Bei Bauvorhaben liefen die Folgekosten regelmäßig aus dem Ruder. Das Revisionsamt nenne 80 Bauvorhaben, für die 75 Mio. Euro veranschlagt worden seien und letztlich mit 1,3 Mrd. Euro zu Buche schlügen. Rahns Fazit: „Der finale Haushaltsentwurf, so wie er vorliegt, ist für uns nicht akzeptabel, weil er chronisch defizitär ist, weil der Wille zum Sparen fehlt und weil die Planung von Großvorhaben nicht effizient ist und völlig unprofessionell. Aber die Fraktionen haben ja die Möglichkeit, die Fehler auszumerzen.“



Bericht aus dem Stadtparlament

AfD-Fraktion im Römer

Informieren Sie sich:

Besuchen Sie die Bürgersprechstunden der AfD-Fraktion im Römer

Nächste Bürgersprechstunde findet statt: **5. Februar 2020** um **17** Uhr in den Fraktionsräumen Raum 128.

Bitte informieren Sie sich regelmäßig über unsere politische Arbeit im Frankfurter Stadtparlament unter:

www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html

Die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung sind öffentlich und beginnen um 16 Uhr.

Anmeldung zur Sitzung per Email unter:

einlasskarten.stvv@stadt-frankfurt.de

Nächster Sitzungstermin der Stadtverordnetenversammlung ist am: **30. Januar 2020**

Sprechzeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag – Donnerstag 10 – 15 Uhr

Email: info@afd-im-roemer.de
Internet: www.afd-im-roemer.de
Telefon: 069 – 212 46222

Impressum:
AfD-Fraktion im Römer
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main

ViSdP: Dr. Dr. Rainer Rahn
(Fraktionsvorsitzender)